

Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Sachbearbeiterin: Angelika Paa  
E-mail: angelika.paa@wiesbaden.de  
Wiesbaden, 11/23/2006 3:10:00 PM

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## **Einladung**

**zur öffentlichen Sitzung**

**des Ausschusses für Soziales**

**am Mittwoch, 29.11.2006, um 17:00 Uhr,**

**Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.-

## **Tagesordnung I**

**1. 06-A-16-0003**

Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen

**2. 06-F-01-0125**

HSK/Unterstützung der Landeshauptstadt Wiesbaden für ihr Krankenhaus  
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.11.2006

Der Ausschuss möge beschließen:

Um sich an der Zukunftssicherung des kommunalen Krankenhauses, den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken (HSK), zu beteiligen und um ein Signal an die Beschäftigten des Hauses zu senden, verzichtet die Landeshauptstadt Wiesbaden bis auf weiteres auf die Erbpachtzahlungen der HSK an die Stadt.

Begründung:

Mit dem Verzicht auf die Erbpachtzahlungen würde die Landeshauptstadt Wiesbaden den sofortigen Spardruck bei den HSK abmildern, bis ein Sanierungskonzept greift. Die rund 600.000 Euro Erbpacht jährlich wären zudem ein Signal an Klinikleitung und Mitarbeiter, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden bereit ist, ihr Interesse am Erhalt der HSK als städtisches Krankenhaus auch durch materielle Unterstützung zu bekräftigen.

**3. 06-F-01-0124**

Anhörung des Sozialausschuss zum Thema Kinderbetreuung  
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.11.2006

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Sozialausschuss nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Anhörung am 10. November 2006 gut besucht war und auf Interesse bei Eltern und Beschäftigten stieß.
2. Der Sozialausschuss bedauert, dass die Anhörung am 10. November nicht ausreichend in den Medien und der Öffentlichkeit angekündigt wurde, es wurde unterlassen in den städtischen Veröffentlichungen („Rathausnachrichten“) auf die Veranstaltung hinzuweisen. Eine Presseankündigung des Sozialausschusses gab es nicht, auch Plakate/Handzettel wurden nicht verteilt.
3. Der Sozialausschuss bedauert ebenfalls, dass interessierte Kreise (Runder Tisch für eine gute Kindertagesbetreuung in Wiesbaden, Stadtelternbeirat) gar nicht oder nur verspätet zur Anhörung eingeladen wurden.
4. Der Sozialausschuss begrüßt das Ansinnen, die Anhörung als Auftaktveranstaltung zu einer Veranstaltungsreihe zur Kinderbetreuung in Wiesbaden zu begreifen.
5. Der Sozialausschuss bedauert, dass auf dem Podium, hinter den Experten, nicht Mitglieder aller im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen saßen, sondern lediglich Mitglieder dreier Fraktionen.
6. Der Sozialausschuss nimmt erfreut zur Kenntnis, dass nicht nur die aus Wiesbaden stammenden, sondern gerade die von auswärts kommenden Experten die Standards zur

Kinderbetreuung in Wiesbaden als sehr hoch, positiv und nachahmenswert bezeichnet haben.

7. Der Sozialausschuss schließt sich dem Lob der Experten an und bewertet die Standards zur Kinderbetreuung in Wiesbaden als hoch. Der Sozialausschuss dankt allen Beteiligten für ihr Engagement und ihren hohen professionellen und persönlichen Einsatz.

8. Der Sozialausschuss schlägt als Themen für die nächste Anhörung, die noch vor den Osterferien 2007 stattfinden sollte, die Frage der Gebühren für den Besuch in Kinderbetreuungseinrichtungen sowie den Aspekt der Schulkinderbetreuung (Schulsozialarbeit, Betreuende Grundschule) vor. Eine Entscheidung des Stadtparlaments zu diesen Themenfeldern sollte nicht herbeigeführt werden, bis die Ergebnisse dieser Anhörung vorliegen.

9. Aus den Ergebnissen der ersten Anhörung ergibt sich auch, dass die bisherige, von allen Experten gelobte, Organisationsstruktur der gesamten Kinderbetreuung in Wiesbaden beibehalten werden muss und sich an der bewährten, allseits gewürdigten und anerkannten Arbeit nichts ändert.

**4. 06-V-51-0065 DL 48/06-3, 45/06-14**

Sofortprogramm "Mehr Kita-Zeit für Kinder";  
Erste Schritte zur Umsetzung des Programms

**5 06-V-51-0069 DL 47/06-5**

Umsetzung des geplanten Landesförderprogramms BAMBINI

**6. 06-V-20-0060 DL 47/06-1**

"BAMBINI"- Programm der Hessischen Landesregierung - Bericht zu den voraussichtlichen haushaltsrechtlichen Auswirkungen

**7. 06-V-51-0066 DL 47/06-3**

Kinder in den Mittelpunkt – Zwischenbericht November 2006

**8 06-V-51-0068 DL 47/06-4**

Bezuschussung 2006 des Kinder- und Beratungszentrums Sauerland in Trägerschaft der Evangelischen Erlöserkirchengemeinde

- 9. 06-V-51-0063** **DL 46/06-11,45/06-13**  
Umstrukturierung der Kindertagesstätten der IfB
- 10. 06-A-16-0012** **DL 44/06-1**  
Elterninitiative Momo e.V., Umzug und Erweiterung der Kindertagesstätte
- 11. 06-V-51-0070** **DL 47/06-3**  
Elterninitiative Momo e. V. , Umzug und Erweiterung der Kindertagesstätte
- 12. 06-V-51-0062** **DL 48/06-2, 45/06-12**  
Finanzierung der Kindertagesstätten in kirchlicher Trägerschaft/Mehrbedarf ab 2007
- 13. 06-F-25-0004**  
Ferienspaß ohne Wartezeiten  
-Beschluss des Ausschusses für Soziales Nr. 0053 vom 21.06.2006  
**ANLAGE**
- 14. 06-V-51-0072** **DL 47/06-8**  
Bedarfsgerechter Ausbau Ferienprogramm
- 15. 06-V-51-0073** **DL 47/06-5**  
Schutzauftrag umsetzen - Kindern frühstmöglich helfen
- 16. 06-V-01-0025**  
Jahresgespräch im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für

Soziales mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen und Interessengemeinschaft Behinderter am 01.11.2006 - TOP 2.3

**ANLAGE**

**17. 06-V-51-0018**

Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II, 4. Quartal 2005, Stand 31.12.2005  
Bericht zum beschluss Nr. 0067a des Ausschusses für Soziales am 21.09.2006

**ANLAGE**

**18. 06-V-51-0071**

**DL 47/06-4**

Hartz IV, Auswirkungen des Fortentwicklungsgesetzes

**19. 06-F-25-0021**

Beratungsstelle für Männer und Jungen in Wiesbaden

**ANLAGE**

**20. 06-F-25-0039**

Gerichtsentscheidungen zu Hartz- IV  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP  
vom 22.11.2006

Vorbemerkung

Das Bundessozialgericht hat vor wenigen Wochen erstmals in mehreren Entscheidungen die Ansprüche von Hartz-IV-Empfängern präzisiert. Dies betrifft:

- a) Suche nach angemessener Wohnung (Az.: B 7b AS 10/06 R)
- b) Zusätzliche Leistungen wegen der Ausübung des Umgangsrechts mit Kindern (vgl. Az.: B 7b AS 14/06 R)
- c) Anspruch auf Arbeitslosengeld II trotz Eigentumswohnung (vgl. Az.: B 7b AS 2/05 R)

Mit allen drei Entscheidungen wurden die Urteile der unteren Instanzen aufgehoben und die Streitigkeiten zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die zuständigen Gerichte zurückverwiesen. Das Sozialgericht hat mit seinen Urteilen die Rechte von Hartz-IV-Empfängern gegenüber den Behörden in einigen Punkten gestärkt, indem es vor allem

individuellere Einzelfallprüfungen einfordert.

Aus diesem Grund bittet der Sozialausschuss den Magistrat zu berichten:

- Wie wurde in Wiesbaden bisher in diesen oder vergleichbaren Fällen entschieden?
- Ist auf Grund der Urteile des Bundessozialgerichts in Wiesbaden mit ähnlichen Klagen zu rechnen?
- Hat die Stadt Wiesbaden bereits Maßnahmen ergriffen, welche die Entscheidungen des Bundessozialgerichts berücksichtigen? Werden zukünftig andere Maßstäbe und Kriterien als Entscheidungsgrundlage herangezogen?
- Welche Rechtsprechung hat es darüber hinaus im Bereich von Hartz-IV gegeben, die Auswirkungen auf die Arbeit der Wiesbadener Sozialverwaltung hatten?
- Auf welche Bereiche haben sich bisherige Klagen von Hartz-IV-Empfängern gegen die Stadt Wiesbaden bezogen?

**21. 06-F-25-0040**

Teen Courts

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 22.11.2006

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu dem Projekt „Teen Courts“, welches die Landeshauptstadt Wiesbaden seit einem Jahr für die Landesregierung als Modellprojekt durchführt, einen Sachstandsbericht zu liefern und das Projekt zu evaluieren. Die Evaluation möge, wenn möglich, Stellungnahmen der beteiligten Staatsanwaltschaft, des Gremienbetreuers, der Gremiumsteilnehmer sowie der betroffenen jugendlichen Täter beinhalten.

Die unter TOP 20 und 21 aufgeführten Anträge sind erst nach Antragsschluss eingegangen.

**22. 06-A-16-0001**

Bericht des Sozialdezernenten über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben

**23. Verschiedenes**

## **Tagesordnung II**

**1. 06-V-67-0037**

**DL 46/06-17,45/06-22**

Genehmigung von außerplanmäßigen bzw. überplanmäßigen Ausgaben für das Bauprogramm Kinderspielplätze in Wiesbaden und AKK 2004/2005

**2. 06-V-51-0060**

**DL 46/06-10,45/06-11**

Perspektiven für Hauptschüler/innen in Kooperation mit Unternehmen

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers  
Vorsitzender